

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten  
Verlagsnummer: 10011  
Verlag: H. L. Neumann

Druckerei: H. L. Neumann  
Verlag: H. L. Neumann  
Verlag: H. L. Neumann

Druck u. Verlag: H. L. Neumann  
Verlag: H. L. Neumann  
Verlag: H. L. Neumann

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Der Reichskanzler spricht zum Handwerk

### Die ausgleichende Rolle des Mittelstandes

Berlin, 17. März. Auf der heutigen Obermeisterstagung des Berliner und märkischen Handwerks hielt Reichskanzler Dr. Brüning nach einleitenden Begrüßungsworten des Präsidenten Ludwig eine Rede, in der er zunächst namens der Reichs- und der preussischen Staatsregierung den Dank für die Einladung zu dieser Tagung aussprach.

Rein Stand, so fuhr Dr. Brüning fort, sei so bedeutsam als Ritter zwischen den extremen Gegensätzen wie der deutsche Handwerksmeister.

Und wenn dem so sei, habe das Handwerk auch ein Recht darauf, daß die Gesetzgebung in Reich und Ländern und die politische Tätigkeit der Kommunen auf die Bedeutung dieses Standes Rücksicht nehmen. Wäher habe man Gesetze gemacht, die während der Hochkonjunktur berechtigt gewesen, die aber bei dem Verschwinden dieser Hochkonjunktur in sich selbst aufzuknirschend waren. Und obwohl im Reichstag oftmals warnende Stimmen erhoben worden seien, habe man den eingeschlagenen Weg nicht verlassen; nicht nur, weil sich die Politik nicht habe, sondern auch ein großer Teil der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Hunderttausende von Arbeitslosen seien dadurch aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden und ließen sich der Wohlfahrtsfürsorge zur Last.

Wenn man nun heute mit Reformmaßnahmen komme, so würden aus diesem Grunde naturgemäß Tempo und Schärfe dieser Reformen bedeutend größer sein.

Dabei spiele auch die Tatsache eine Rolle, daß Deutschland nicht das einzige Land der Wirtschaftskrise sei, sondern daß mehr oder minder alle Völker der Welt vor den gleichen Problemen kämpften. Dabei würden sich ihre Lösungen in der gleichen Linie bewegen, die die Reichsregierung durchgeföhrt und geplant hat.

Selbstverständlich könne Deutschland die Reparationen unter keinen Umständen auf die Dauer verzinsen. Wenn man aber eine Revision wolle, dann müßte man auch

den Mut haben, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, um hart zu sein. Es sei unmöglich, eine geordnete Reichs- und Länderfinanzpolitik durchzuführen, wenn in den Gemeinden immer wieder neue Fehler gemacht würden. Deshalb sei die Annahme des Plandebettes notwendig gewesen. Die ewige Steigerung der Reallohnern müßte zu einem Ende kommen, hätten doch gerade diese Steuern eine ausgesprochen preissteigernde Wirkung. Man dürfe man allerdings nicht erwarten, daß es möglich sei, dieses oder jenes Gesetz im Handumdrehen zu ändern;

es komme vielmehr darauf an, einmal zu einem System der Beeinflussung anderer Wirtschaft durch andere gesetzliche Gesetzgebung zu kommen.

Es komme darauf an, in die Zukunft zu sehen, aber gleichzeitig auch, die Gegenwart zu berücksichtigen.

In den vergangenen Jahren, so fuhr Dr. Brüning fort, haben wir den großen Fehler gemacht, viel zu viel Geld der öffentlichen Hand in die zusätzliche Arbeitsbeschaffung zu investieren, wodurch eine Steigerung der Preise und Löhne eingetreten sei. Dadurch seien die Kassen leer geworden. Aus diesem Grunde müßte auch nach dieser Richtung hin eine gewisse Planmäßigkeit in die gesamte Wirtschaft kommen. — Uebergend zu der Frage einer baldigen Neuordnung der Haussteuer betonte Dr. Brüning, daß es eine der Hauptaufgaben sei, alles daran zu setzen, die Verhältnisse im Baugewerbe in Ordnung zu bringen. Wollte es, jetzt im Reichstag die notwendigen Gesetze schnell zu verabschieden, dann würde auch wieder die Möglichkeit gegeben sein, Kredite zu bekommen, durch die dem Baugewerbe zu helfen sei. Notwendig sei es dabei, die Senkung der Baukosten voranzubringen. Es sei notwendig, und zwar bei allen Wirtschaftsgruppen, sich an die Konsumkraft der gesamten Bevölkerung anzupassen. In diesem Sinne appellierte Dr. Brüning an das Handwerk, die ganze Tradition der Vergangenheit nicht aufzugeben.

### Der Kampf um das Reichsschulgesetz

Mit bewundernswürdiger Geduld hoffen nun die christlichen Eltern und Erzieher schon seit einem Jahrzehnt auf das Reichsschulgesetz, das die chaotischen Zustände, die im deutschen Schulwesen hinsichtlich der Regelung des Religionsunterrichts herrschen, durch eine für alle Teile gerechte Lösung beendigen soll. Jetzt, in der Zeit des Überganges zu einem neuen Schulljahr, wird diese Frage wieder besonders aktuell, zumal von religionsfeindlicher Seite eine lebhaft propagandistische Tätigkeit der religionslosen Schule entfaltet wird. Ein interessantes Bild auf diese Verhältnisse werfen zwei Anfragen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Sächsischen Landtag, die auf die lebhafteste Agitation radikaler Lehrerkreise aufmerksam machen, die die Erzieher auffordern, die Erteilung von Religionsunterricht zu verweigern, um dadurch den Religionsunterricht in vielen Schulen überhaupt zu gefährden. Beide Anfragen wollen auf die ungewisse Erbitterung hin, die angesichts dieser Vorgänge in christlichen Elternkreisen herrscht. Eine Erbitterung, die im gleichen Maße auch bei der christlichen Lehrerschaft sich geltend macht, die durch die Verweigerung des Verhältnismäßig in den Berufsorganisationen der Lehrerschaft völlig mundtot gemacht wurde, da die einfache Majorität weltlich gesinnter Lehrer in der Lage ist, im Namen der Gesamtlehrerschaft zu sprechen.

Leider sind die letzten Neuerungen von Seiten der Reichsregierung nicht dazu angetan, Hoffnungen auf eine Besserung dieser hoffnungslosen Zustände zu erwecken, die nur durch eine einheitliche Regelung im ganzen Reich gebessert werden können. Zwar haben die Deutschnationalen, die Christlichsozialen und die konservative Volkspartei ausgearbeitete Reichsschulgesetzentwürfe im Reichstag eingebracht, aber ausgerechnet die Regierung des Zentrumskanzlers Brüning greift zu allererst Ausflüchten, um sich um die unangenehme Beratung dieser Entwürfe zu drücken. Vorab muss als Entschuldigung die schlechte Finanzlage dienen. Abgesehen davon, daß die Kosten von den Gegnern absichtlich übertrieben werden, ist darauf zu erwidern, daß der Staatsbedarf auf unendlich vielen Gebieten aufgeduldet wurde, auf denen ein schleuniger Abbau nur von Vorteil sein könnte. Hier stehen sich durch Abstriche bequem die beschriebenen Mittel flüchtig machen, die für die Sicherung der für die Wiedergeburt unseres nationalen Daseins wahrhaftig nicht unwichtigen Aufgabe der christlichen Erziehung unserer Jugend notwendig sind.

In der Tat liegen ja die wahren Gründe der Verweigerung der Regierung auf einem ganz anderen Gebiete, auf dem der reinen Parteilichkeit. Wenn der Zentrumsminister Dr. Brüning auf das Drängen der Reichsparteien schließlich antwortete, daß ein Reichsschulgesetz zur Zeit nicht opportun sei, so hat er damit indirekt bereits angegeben, daß das Zentrum den roten Koalitionsgenossen in Preußen keine Schwierigkeiten machen will, ihre Experimente, die sie bei der heutigen Reichstagswahl auf schulpolitischen Gebiete ungestört betreiben können, fortzusetzen. Natürlich, um die Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Brüning bei guter Laune zu halten. Das Zentrum glaubt, daß diese Taktik ungekraft leisten zu dürfen, weil es die Wünsche des Katholizismus auch ohne Schulgesetz sichergestellt hat. Wie weit man dabei geht, zeigt folgendes lehrreiche Beispiel: In Berlin ergaben die letzten Elternratswahlen eine Zweidrittelmehrheit für die evangelischen Eltern. Und die Antwort der preussischen Regierung auf diesen überwältigenden Sieg für den Gedanken der evangelischen Erziehung war die Errichtung einer identischen und einer katholischen Lehrerbildungsanstalt für Berlin. So achtet ein demokratisches Staatswesen den Willen der Elternschaft, die doch eigentlich auf die Erziehung ihrer Kinder den bestimmenden Einfluß haben sollte.

Dieselben Verhältnisse finden wir seit der Revolution mehr oder minder ausgeprägt in allen übrigen Ländern. Die Staatsumwälzung hat die christlichen Grundgedanken unseres Schulwesens beseitigt, ohne klare Richtlinien für eine neue Regelung zu geben. Das Ziel der Vorkriegszeit war die Befestigung jedes Religionsunterrichts und die radikale Verbannung jedes christlichen Gedankens aus der Schule. Wenn das nur teilweise gelungen ist, so ist das den Willensäußerungen der Elternschaft zu verdanken, die sich immer wieder selbst in roten Gegenden unseres Vaterlandes für die christliche Erziehung der Kinder ausgesprochen haben. Aber durch die Aufhebung der alten Gesetze, durch ihre nur teilweise Wiederintraffung und durch eine Reihe von neuen Verordnungen sind so undurchsichtige und chaotische Verhältnisse entstanden, daß die Vertreter der religionslosen Schule hier in aller Stille in ihrem Sinne arbeiten können. So kommt es zu Verhältnissen wie in

## Das Genfer Zollabkommen gescheitert

### Durch Sabotage Frankreichs

Genf, 17. März. Auf der Zollwaffenstillstandskonferenz fand heute eine bewegte Aussprache über das weitere Schicksal des Genfer Handelsabkommens vom 24. März 1930 statt. Die Verhandlungen ergaben eindeutig, daß die von Frankreich als der einzigen europäischen Großmacht noch immer nicht vollzogene Ratifizierung des Handelsabkommens tatsächlich die einzige Ursache der gegenwärtigen ausichtslosen Lage bedeute.

Ministerialdirektor Pösch gab eine Erklärung ab, nach der der Deutsche Reichstag am Montag in dritter Lesung das Handelsabkommen nunmehr ratifiziert hat. Nach längeren Ausführungen über die Lage, die sich in allererster Linie an die Adresse Frankreichs richteten, wies er darauf hin, daß das Handelsabkommen sowie das Protokoll über die weiteren wirtschaftlichen Verhandlungsverhandlungen gegenwärtig in schwerer Gefahr wären, da schwebend in Europa das wahre Verständnis für die Bedeutung dieses Abkommens erst dann kommen werde, wenn die Wirtschaftskrise sich noch weiter verschärfte.

Es biete sich jetzt für die Regierungen eine letzte Gelegenheit, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Deutschland befindet sich insofern in einer besonderen Lage, als der deutsch-französische Handelsvertrag, der in einer glücklicheren Zeit mit ruhigeren wirtschaftlichen Verhältnissen abgeschlossen sei, das Kernstück des deutschen Handelsvertragsystems bilde. Wenn jetzt Deutschland die Ratifizierung des Abkommens durch Frankreich fordere, so geschähe das nur aus dem Grunde, weil Deutschland nicht einseitig weitergehende Verpflichtungen übernehmen könne, denen Frankreich nicht unterworfen sei.

Der Vertreter der englischen Regierung gab sodann eine Erklärung ab, daß die englische Regierung im Hinblick auf die gegenwärtige außerordentlich schwierige Lage ein sofortiges Inkrafttreten des Abkommens für unzulässig halte und den Zeitpunkt des Inkrafttretens für die Zukunft offenlassen wüßte. Die englische Regierung lehne jedoch die übrigen Vorschläge ab. Die englische Regierung bevorzuge den Wert direkter Handelsvertragsverhandlungen und wüßte zunächst keine festen Bindungen einzugehen.

Damit sind die Verhandlungen der versammelten europäischen Regierungen über die Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 gescheitert. Auf Anfrage des Präsidenten Colijn erklärten die Vertreter der Staaten, die das Abkommen bereits ratifiziert haben, daß sie keine Möglichkeit sähen, die Konvention in Kraft zu setzen.

### Die deutsch-polnischen Verträge vom polnischen Senat angenommen

Warschau, 17. März. Heute nachmittag schritt der Senat zur Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und des Liquidationsabkommens. Nach dem Referentenbericht, der die Annahme des Liquidationsabkommens empfahl, nahm Außenminister Jalecki das Wort. Er könne nur wiederholen, daß es sich bei den vorliegenden Verträgen um einen gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen handele. Beim Liquidationsabkommen habe Polen finanziell gut abgefunden, während Deutschland durch Einstellung der Liquidationen Vorteile moralischer Natur und einen Prestigegewinn errungen habe. Der Minister betonte zum Schluß noch die große Bedeutung des Handelsvertrages für die beiden Staaten und für die Befriedung Europas.

Der erste Diskussionsredner, der Nationaldemokrat Sedza, der übrigens im Jahre 1928 Außenminister war, bekämpfte das Liquidationsabkommen, wobei er besonders hervorhob, daß dieser Vertrag Polens Sicherheit untergrabe.

Mit überwiegender Mehrheit nahm der Senat die Ganger Verträge, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und den deutsch-polnischen Handelsvertrag an.

Verfassungsrecht in Kiel. Mit Rücksicht auf die Zuspätkung der politischen Gesetze ist eine für Mittwoch angekündigte öffentliche Versammlung der NSDAP, von der Polizei verboten worden.